

österreichische gesellschaft für umwelt und technik



das blatt wenden ÖGUT-Zukunftsdialog 2035

Dialoggruppe Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik ÖGUT
Autorin: Drⁱⁿ Martina Handler
Dipl.Ingⁱⁿ Elisabeth Purker (Prozessleitung und Koordination Zukunftsdialog)
Hollandstraße 10/46, a-1020 Wien
Tel +43.1.315 63 93-29 Fax +43.1.315 63 93-22
Email lisa.purker@oegut.at Web www.dasblattwenden.at, www.oegut.at





Dialoggruppe Gesellschaftlicher Zusammenhalt

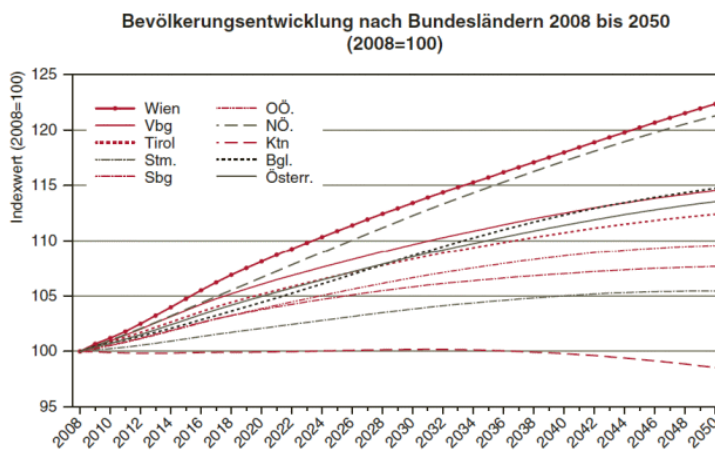
Was wird die Gesellschaft in 25 Jahren zusammenhalten? Und auf welche Weise können und sollen AkteurInnen der Politik, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft Einfluss nehmen, sodass heutige oder für die Zukunft prognostizierte konflikträchtige Entwicklungen diesen Zusammenhalt nicht gefährden? Diese Fragen stehen im Zentrum der Dialoggruppe „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und öffnen ein weites Feld an Themen für die Diskussion. In diesem Papier, das Sie auf die Diskussion in der Gruppe einstimmen soll und das angesichts der Fülle möglicher Perspektiven cursorisch bleiben muss, werden einige Schlaglichter auf Entwicklungen und Trends geworfen.

Demografischer Wandel – Fakten und Trends

Die Hauptursachen für die zukünftigen demografischen Verschiebungen in Österreich, die sich in den vier nachfolgend beschriebenen Trends zusammenfassen lassen, sind sinkende Geburtenraten, steigende Lebenserwartung sowie Wanderungsgewinne (mehr Zuwanderung als Abwanderung).

Österreich wächst

Laut Prognose der Statistik Austria wird die Bevölkerung Österreichs auch in Zukunft wachsen und



Q: STATISTIK AUSTRIA. Erstellt am: 01.10.2009.

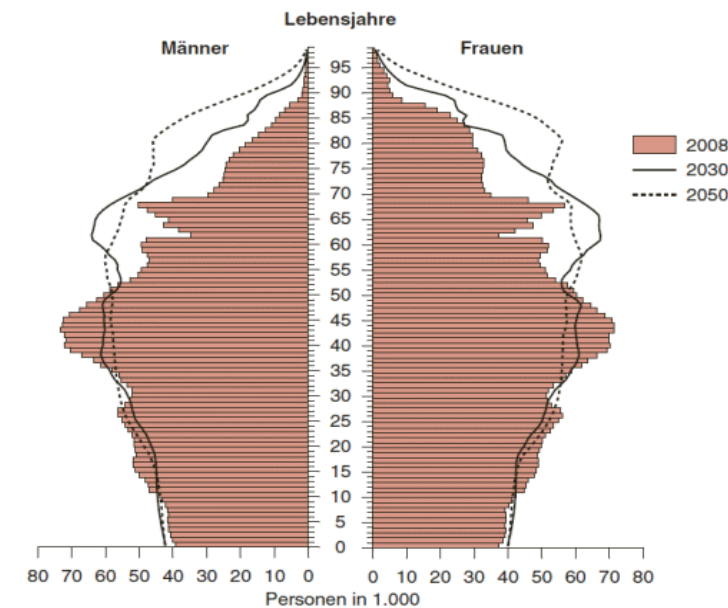
zwar von derzeit 8,3 Mio. auf etwa 9,52 Mio. im Jahr 2050. Am stärksten wächst die Bevölkerung zuwanderungsbedingt in Wien und Niederösterreich. Auch in Vorarlberg, Burgenland, Tirol und Oberösterreich wächst die Bevölkerung deutlich. Nur in Kärnten stagniert die Bevölkerungsentwicklung bzw. dürfte sie künftig geringfügig unter dem jetzigen Niveau liegen.

Österreich wird älter

Der Anteil der älteren Menschen nimmt deutlich zu. Heute sind 22% der Bevölkerung 60 Jahre alt oder älter, 2020 werden es rund 26% sein, langfristig (ab ca. 2030) mehr als 30%. Die Zahl der Hochbetagten (über 80) um ca. 240.000 Personen zunehmen und das Durchschnittsalter von 40 auf 45 Jahre ansteigen.



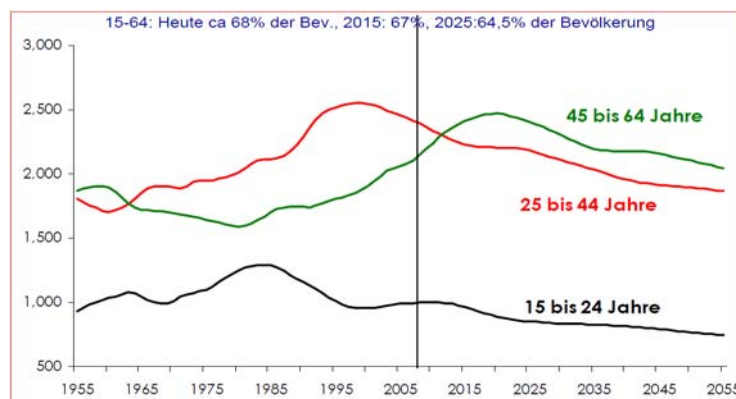
Bevölkerungspyramide 2008, 2030 und 2050 (mittlere Variante)



Q: STATISTIK AUSTRIA. Erstellt am: 01.10.2009.

Dementsprechend geht der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter kontinuierlich zurück. Heute sind ca. 68% der Bevölkerung zwischen 15 und 64, 2025 nur noch 64,5%.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (nach Alterskohorten, Personen in 1.000)



Quelle: Gudrun Biffl (2009), basierend auf Statistik Austria

Aufgrund des geringer werdenden Anteils an Erwerbstätigen, sinkt das Steueraufkommen, das zur Finanzierung der stark steigenden Ausgaben für Gesundheit und Pflege bzw. des steigenden Bundesbeitrags für die Pensionen nötig wäre.

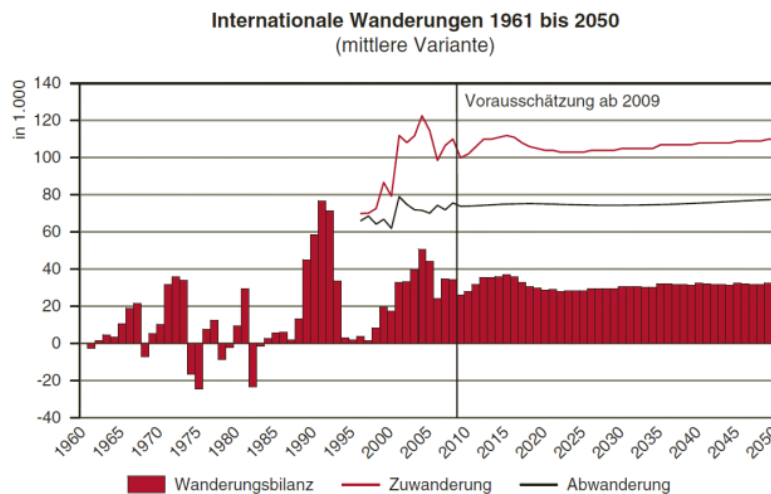
Die Ausgaben für die Pensionen steigen durch die steigende Lebenserwartung stark an. Haben Frauen ab 65 heute noch durchschnittlich 20,8 Jahre vor sich, so werden das im Jahr 2050 um 5,3 Jahre mehr sein, bei den Männern ab 65 wird die Lebenserwartung im Jahr 2050 um 5,6 Jahre höher liegen als die heutigen 17,5 Jahre. Das bedeutet aus heutiger Sicht eine Erhöhung des Bundesbeitrags zu den Pensionen 1,7% des BIP bis 4,4% im Jahr 2030.

Österreich ist nicht nur bei den Einkommen im europäischen Spitzenfeld, auch bei den Pensionen (Österreich gibt für Pensionen 12,6 % des BIP aus, der OECD-Durchschnitt liegt bei 7,2 % des BIP). Bei der Erwerbsquote der 55-64jährigen liegt Österreich hingegen weit unter dem OECD-Schnitt von 53,0 %; in Österreich sind nur 35,5 % der Frauen und Männer dieses Alters (OECD 2008) in Beschäftigung. Ausgeprägte Senioritätseinkommensmodelle wie in Österreich tragen zu einer Verringerung der Weiterbeschäftigungschancen Älterer bei.



Österreich wird bunter

Der Bevölkerungsanstieg resultiert aus dem positiven Wanderungssaldo (Zuwanderung aus dem Ausland minus Abwanderung), der in den nächsten Jahrzehnten relativ stabil jährlich rund 30.000 Personen betragen wird¹.



Q: STATISTIK AUSTRIA. Erstellt am: 01.10.2009.

Die Zuwanderung kommt hauptsächlich den städtischen Räumen zugute, kann jedoch die Alterung der Gesellschaft nicht aufhalten. Wien wird mittelfristig aufgrund der stärkeren Zuwanderung das demografisch jüngste Bundesland werden.

Die zunehmende Buntheit der Gesellschaft bezieht sich nicht nur auf den ethnisch-kulturellen Hintergrund, sondern auf eine

Pluralisierung der Lebens- und Familienformen, welche sich in folgender Weise ausdrücken:

- in einer weiteren Ausdifferenzierung des Konsum- und Freizeitverhaltens,
- in reduzierten Familienphasen, Patchworkfamilien und „Bastelbiografien“
- in zunehmender Kinderlosigkeit und mehr Singles
- in einer zunehmenden sozial-räumlichen Segregation und Polarisierung (nach Alter und Herkunft) in der (Stadt-)Region.

Diese Veränderungen bringen neue Anforderungen für den Wohnbau, die Gestaltung des Wohnumfeldes und die Nutzbarkeit des öffentlichen Raumes, für die Nahversorgung etc. Soziale Konflikte zwischen Generationen und Kulturen werden zunehmen.

Österreich wird städtischer und die Menschen mobiler

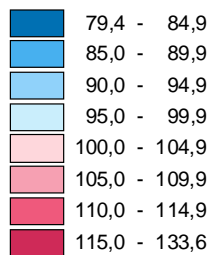
Die Migrationsmuster sind regional sehr unterschiedlich. Die Bevölkerung steigt in städtischen Ballungsräumen, vor allem in die städtischen Umlandgemeinden wird ein starker Zuzug zu verzeichnen sein. Auch in touristisch interessanten ländlichen Regionen (z.B. Arlbergregion) wird es eine Zunahme der Bevölkerung geben. Aus strukturschwachen Regionen wie dem Südburgenland, Südkärnten, deindustrialisierten Regionen der Steiermark oder dem Wald- oder Mühlviertel wird sich hingegen die Abwanderung noch weiter verstärken, manche periphere Räume werden von der Natur „zurückerobert“ werden.

¹ Statistik Austria 2009

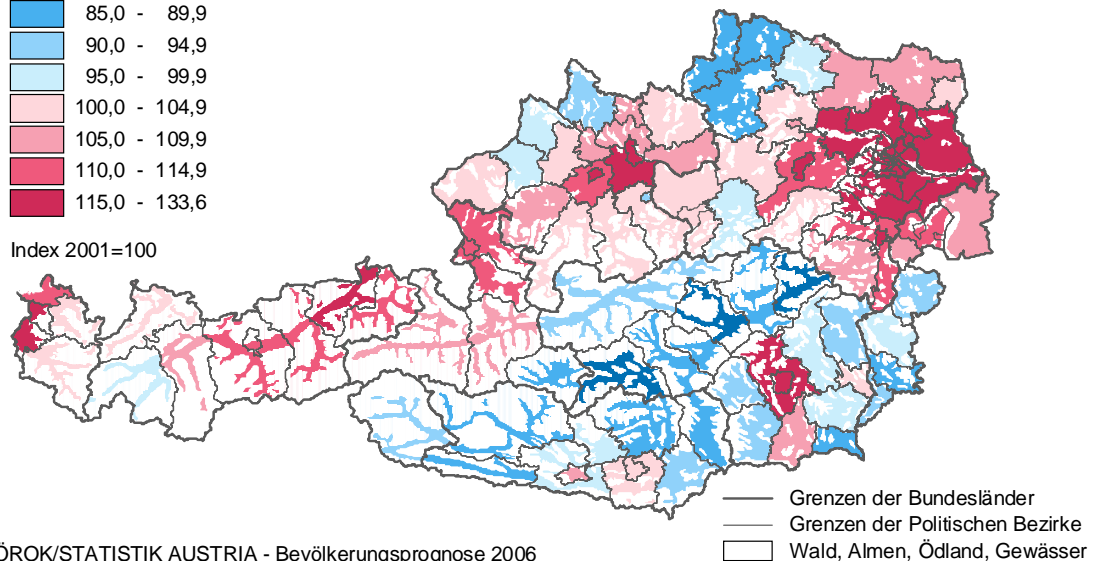


Regionen: EinwohnerInnen 2001-2031

Insgesamt



Index 2001=100



Quelle: ÖROK/STATISTIK AUSTRIA - Bevölkerungsprognose 2006

Rainer Münz (2009)

Einige der prognostizierten räumlichen Entwicklungstrends seien hier aufgeführt (vgl. Hiess 2009):

- Einwohner- und Arbeitsplatzwachstum in Agglomerationen/Tourismuszentren
- Periurbane Räume sind Wohn- und Auspendleräume
- Starke Zunahme des Verkehrs, erhöhte Mobilitätskosten
- Entleerung des peripheren ländlichen Raumes, v. a. in Bergregionen: Extensivierung der Landwirtschaft, Verwaldung
- Flächige Ausdehnung von Siedlungsgebieten (Zersiedelung) v. a. in Agglomerationen und Tourismusgebieten
- Verlust an Versorgungsqualität im fußläufigen Einzugsbereich und in peripheren Gebieten sowie kleinen Ortschaften
- Sozialräumliche Segregation: Alternative, gut gebildete, jüngere Gruppen in städtischen Ballungsräumen, in Tourismuszentren; alte, weniger gebildete und weniger aktive Gruppen in der Peripherie und in kleinen Ortschaften
- Gentrification, No go Areas, Gated Communities in städtischen Ballungsräumen

Diese Entwicklungen bergen ein hohes Maß an Konfliktpotenzial, wie z.B. Konflikte zwischen Siedlungsflächenbedarf und Freiflächennutzungen bzw. Natur- und Landschaftsschutz, Konflikte aufgrund der steigenden Belastung durch den Verkehr in Zentralräumen oder Konflikte zwischen sozialen Gruppen in Stadtteilen, um nur einige zu nennen.

Die steigende Mobilität von Menschen und Gütern führt zu einem ständig steigenden Verkehrsaufkommen. Einige Zahlen, die das eindrücklich zeigen (vgl. dazu VCÖ factsheet 2003; Statistik Austria):

- Die Entfernung, die ein Mensch in Österreich pro Tag zurücklegt, stieg von 8 km im Jahr 1959 auf 38 km im Jahr 2003.



- Verkehr verbraucht in Österreich heute eine Fläche von mehr als 1.400 km². Hält die Entwicklung an, werden es im Jahr 2020 um 29 Prozent mehr sein.
- Seit 1960 hat sich der Pkw-Bestand mehr als verzehnfacht und 2009 liegt der PKW Bestand bei 4,36 Mio. Mit 512 Pkw pro 1.000 EinwohnerIn belegt Österreich im EU-Ranking beim Motorisierungsgrad den fünften Platz.
- Die CO₂ Emissionen des Verkehrs sind seit dem Jahr 1990 um mehr als 50% gestiegen. Hält der Trend an wird im Jahr 2020 der Verkehr der mit Abstand größte Emittent von Treibhausgasen in Österreich sein.
- Weltweit wird bis 2030 wird mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum der Personenkilometer im Flugverkehr im 3,5% gerechnet.

Vor allem in städtischen Ballungsräumen verdichten sich die Verkehrsströme mit den Folgen: Überlastung der Verkehrsnetze, Lärm- und Schadstoffbelastung sowie erhöhte Unfallrisiken und Stellplatzprobleme.

Größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich

Seit den frühen 1980er Jahren hat sich die Einkommensverteilung in Europa und den USA, aber auch in Japan wieder stark auseinander entwickelt. Die Einkommen sind heute wieder so ungleich verteilt wie vor der Weltwirtschaftskrise 1929 (Anthony Atkinson).

Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Trotzdem sind ungefähr 1,1 Millionen Menschen in diesem Land armutsgefährdet (die Armutgefährdungsschwelle liegt aktuell bei 912,- € pro Monat), mehr als 450.000 gelten als manifest arm.

Einige weitere Zahlen zur Verteilung von Einkommen und Vermögen in Österreich:

- Das mittlere Äquivalenzeinkommen in Österreich liegt bei 1.520,-€ pro Monat.² Rund 9% der Bevölkerung besitzen ein Einkommen, das mind. 80% über diesem Medianlebensstandard liegt (mind. 2.736 Euro pro Monat und Einpersonenhaushalt).
- Die 20% mit den niedrigsten Einkommen verdienen gemeinsam nur 2% der gesamten Einkommen und Löhne, während die einkommensstärksten 20% fast die Hälfte aller Einkommen für sich beanspruchen können (vgl. Schenk; Moser 2010)
- Noch wesentlich ungleicher als Einkommen ist das Geldvermögen in Österreich verteilt. Der Ginikoeffizient zur Ungleichheit der Vermögensverteilung ist mehr als doppelt so hoch wie jener der Einkommensverteilung. Das reichste Zehntel besitzt 54% des Vermögens, das reichste Promille gerade so viel wie die gesamte untere Hälfte Die reichsten fünf Prozent besitzen fast so viel Immobilienvermögen wie der gesamte Rest der Bevölkerung (vgl. Mooslechner; Schürz 2008).
- Gleichzeitig ist Österreich fast Schlusslicht aller OECD-Länder (hinter Österreich liegen nur Tschechien, Slowakei und Mexiko; OECD 2008) bei der Einhebung vermögensbezogener Steuern.
- Die Einkommenssituation von Frauen und Männern³ zeigt, dass unselbständig erwerbstätige Frauen im Jahr 2008 um insgesamt 41% weniger verdienten als Männer. Berücksichtigt man

² lt. EU-SILC 2007; Unter Äquivalenzeinkommen versteht man das bedarfsgewichtete Netto-Pro-Kopf-Einkommen, 12mal im Jahr

³ jährliches Personen-Einkommen auf Basis der Lohnsteuerdaten



die Unterschiede im Beschäftigungsausmaß (Teilzeit, saisonale Beschäftigung) und beschränkt den Vergleich auf ganzjährig Vollzeitbeschäftigte, dann lagen die Bruttojahreseinkommen der Frauen immer noch um rund 21% unter jenen der Männer.

Besonders von Armut betroffen sind nicht-österreichische StaatsbürgerInnen, Alleinerziehende und Großfamilien sowie generell Frauen und Kinder. 15% aller Kinder, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen in Österreich leben in armutsgefährdeten Haushalten. Etwa ein Drittel (32%) dieser Kinder und Jugendlichen kommt aus Haushalten mit Migrationshintergrund (nicht EU/EFTA). Zusätzlich gibt es eine immer größer werdende Zahl von Working Poor, von Armutsgefährdeten trotz Arbeitseinkommen (das trifft trotz ganzjähriger Beschäftigung auf 175.000 Menschen zu).

Das System der österreichischen Sozialpolitik hat großen Einfluß auf das Ausmaß der Armutsbetroffenheit: Nach Verteilung der Primäreinkommen (Löhne und Einkommen) sind 43% der Gesamtbevölkerung armutsbedroht, nach Verteilung der Sekundäreinkommen (Transfers) nur noch 13%. Eine Reduktion der Transferleistungen würde die Armutsgefährdung deutlich erhöhen.

Die Schere zwischen Arm und Reich weitet sich aus, insbesondere in Zeiten der Krise. Die Mittelschicht erodiert zunehmend, die Gesellschaft polarisiert. Auch global nimmt die Ungleichheit zu, wie die OECD in einer 2008 publizierten Studie feststellt. Der für die Weltbank tätige Ökonom Branco Milanovic stellt fest, dass sich heute weltweit 2,7 Milliarden in Armut lebende Menschen so viel Einkommen teilen müssten wie die 50.000 Reichsten der Welt.⁴

Krise der Demokratie?

Ein steigender Anteil der ÖsterreicherInnen ist unzufrieden mit der Demokratie (35% „ziemlich unzufrieden“ und 11% „sehr unzufrieden“), das ist doppelt so hoch wie noch 1999. 21% können sich „sehr gut“ bzw. „ziemlich gut“ vorstellen, einen „starken Führer zu haben, der sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss“. Auch das Ansehen der Institutionen und der Politik schwindet weiter: 1990 hatten noch 40% der Befragten eine gute Meinung von den Leistungen im Nationalrat, 2008 ist der Wert auf 28% gefallen. (vgl. Friesl et.al. 2009)

Immer mehr WissenschaftlerInnen konstatieren eine Krise der Demokratie. Diese Diagnose wird argumentativ unterschiedlich untermauert, im Folgenden einige Schlaglichter aus dem breiten Spektrum der Analysen (vgl. im Folgenden Auer 2009):

- Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch (2009) stellt etwa fest, dass wir uns heute in der Phase der Post-Demokratie befinden. Diese würde sich durch folgende Merkmale auszeichnen:
 - zunehmender Einfluss privilegierter Eliten und mächtiger Lobbies
 - große Macht globaler Unternehmen
 - Rückbau des öffentlichen Sektors
 - größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich
 - die Schwächung der politischen Parteien und Gewerkschaften
 - schwindendes Ansehen der PolitikerInnen und politischer Institutionen.

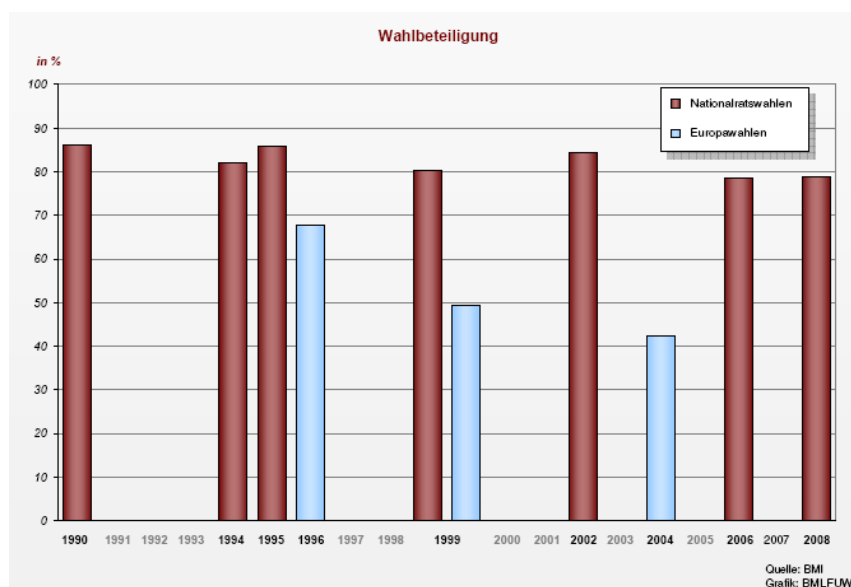
⁴ Martin Schenk; Michaela Moser 2010, 28



- Für Werner T. Bauer und Ralf Dahrendorf schwächt die Globalisierung und die Internationalisierung der Politik das demokratische Fundament des Nationalstaats. Das sei vor allem in der EU-Politik zu beobachten, deren Institutionen als wenig transparent und zu wenig demokratisch kritisiert werden, aber auch angesichts der Entscheidungszentralen der NATO, der Weltbank oder multinationaler Konzerne.
- Der österreichische Publizist Christian Felber kritisiert in seinem Buch *Konkurrenz statt Kooperation* (Felber 2009), dass in Zeiten neoliberalen Wirtschaftsdoktrin eine Finanzindustrie entstanden ist, die mächtig genug ist, um politische Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen und damit die Demokratie unterwandert.
- Weitere Kennzeichen heutiger Demokratieentwicklung sei der Wandel hin zu einer Mediendemokratie (Hans J. Kleinsteuber 2008) bzw. die „Entertainisierung“ der Politik. In der Politik gehe es zunehmend um Inszenierungen und um Images, um Quoten und Medienpräsenz, und weniger um inhaltliche Positionierungen.
- Die zunehmende soziale Spaltung erhöhte einerseits das Konflikt- und Gewaltpotenzial in der Gesellschaft, warnt der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge. Aber auch der Rechtspopulismus, der sich in Zeiten der Krise, noch weiter verstärkte, berge hohes Gefahrenpotenzial für die Demokratie.
- Insbesondere bei vielen Jugendlichen verstärkte sich die Distanz zum etablierten System der Parteiendemokratie und zeige sich u. a. in zunehmender Wahlenthaltung, stellen Jugendforscher fest.

Sinkende Wahlbeteiligung

In Österreich geht die Wahlbeteiligung seit Ende der 80er Jahre – wie in den meisten westeuropäischen Demokratien auch – zurück.



Grafik aus dem Indikatorenbericht des Lebensministeriums, Juni 2009

In einer Studie über NichtwählerInnen erhob Klaus Poier (vgl. Poier 2004) fünf Faktoren, die das Nichtwählen begünstigen:

- Die Funktion der Parteipolitik als Instanz zur Sicherung

grundlegender Lebensbedürfnisse von der Wohnung bis zum Arbeitsplatz ist stark zurückgedrängt worden.

- Die Bevölkerung schreibt der Politik eine schwindende politische Problemlösungskompetenz zu.



- Die Medien verstärken eine Entzauberung der Politik. Die Medienberichterstattung fokussiert selten auf Leistungen, vielmehr auf Missstände in der Politik.
- Die subjektiv empfundene BürgerInnenverantwortung hat nachgelassen oder anders herum: die Demokratie gilt heutzutage als Selbstverständlichkeit, die nicht mehr durch hohe Wahlbeteiligung legitimiert werden muss.
- Abschaffung der Wahlpflicht (ab 1982, in den Bundesländern unterschiedlich)

Durch die geringe Wahlbeteiligung sinkt auch Legitimität der gewählten RepräsentantInnen im politischen System, was, wenn sich die Entwicklung weiter fortsetzt, zu einem ernstem demokratiepolitischen Problem werden könne.



Literatur:

- Alfred Auer: Zukunftsossier "Demokratie in der Krise? Zum Verhältnis von Politik und BürgerInnen. Literaturstudie im Auftrag des Lebensministeriums, JBZ Robert-Jungk-Bibliothek, Salzburg 2009
- Gudrun Biffl, Demografische Entwicklung in Österreich und Implikationen für die Arbeit. Beitrag zur Tagung Forum Prävention der AUVA, Wien 2009
- Colin Crouch, Postdemokratie, Bonn 2008
- Nikolaus Dimmel; Karin Heitzmann; Martin Schenk (Hrsg.): Handbuch Armut in Österreich, Innsbruck 2009
- Christian Friesl; Regina Polak; Ursula Hamachers-Zuba (Hrsg.): Die Österreicher innen. Wertewandel 1990-2008, Wien 2009
- Helmut Hiess, Szenarien der Raumentwicklung Österreichs – Räumliche Szenarien, Wien 2008
- Hans Holzinger, Zukunftsossier: Wirtschaften jenseits von Wachstum. Befunde und Ausblicke, Literaturstudie im Auftrag des Lebensministeriums, JBZ Robert-Jungk-Bibliothek, Salzburg 2010
- Peter Mooslechner; Martin Schürz: Geldvermögen in Österreich. Bericht über die Soziale Lage, BMKS 2009
- Peter Poier, Nichtwählerstudie. Demokratiepoltische Aspekte, Ausmaß und Ursachen des Nichtwählens sowie mögliche Gegenstrategien mit besonderem Schwerpunkt auf Österreich und die Steiermark. Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz, Juni 2004, S. 94-97
- Martin Schenk; Michaela Moser: Es reicht! Für alle! Wege aus der Armut, Wien 2010
- Statistik Austria (Hrsg.): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2007, Wien 2009
- VCÖ: factsheet – Trend für Österreich im Jahr 2020: Mehr Verkehr, weniger Mobilität! Wien 2003